

(5)

Siehe auch Gebhardt, H.: Neue Lebens- u. Konsumstile, Veränderungen des aktionsräumlichen Verhaltens und Konsequenzen für das zentralörtliche System. In: ARL Ad-hoc-Arbeitskreis „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts.“

(6)

Gebhardt, H.: Neue Lebens- und Konsumstile, Veränderungen des aktionsräumlichen Verhaltens und Konsequenzen für das zentralörtliche System. In: ARL Ad-hoc-Arbeitskreis „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts“, S. 62

(7)

Fischer, K.: Von Zentralen Orten und Achsen zum Netzwerkprinzip. In: Der Landkreis (1988) H. 4, S. 166–169

(8)

Winkel, R.: Umbruchtendenzen für Theorie und Methoden der Stadtplanung. In: Bundesbaublatt (1986) H.1, S. 18–21

(9)

Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung und Städtebau. – Bonn 1993

(10)

Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. – Bonn 1995, S. 5–7

(11)

Danielzyk, R.: Der veränderte raumordnerische Kontext; in: ARL Ad-hoc-Arbeitskreis „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts“, S. 6; Danielzyk, R.; Koch, R.: Zur Steuerungswirksamkeit zentralörtlicher Gliederungen gegenüber Fach- und kommunalen Planungen – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; Gebhardt, H., Miosga, M.: Ansätze für die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts – Werkstattbericht aus dem Ad-hoc-Arbeitskreis der ARL, beide in: ARL-Materialien zur regionalen Entwicklung. – Hannover 2000, H. 7

(12)

Winkel, R.: Dokumentation zum 2. Workshop „Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Thüringen, Erfurt (2000) 3; Winkel, R.: Abschlussbericht Forschungsprojekt Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume in Thüringen, Erfurt (2000) 9

Prof. Dr. Rainer Winkel
Technische Universität Dresden
Institut für Städtebau
und Regionalplanung
Mommensenstraße 13
01062 Dresden

Rezensionen

Reuber, Paul: Raumbezogene Politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen. – Stuttgart: Franz Steiner Verlag 1999. XIII, 370 S., Kt., Abb., Tab., Lit. = Erdkundliches Wissen, Bd. 131

Nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch regional und lokal stehen immer wieder *Konflikte um Grenzen* im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen. So unterschiedlich sie nach Inhalt und Intensität sein mögen, im Kern haben sie dieselbe Ursache: Grenzkonflikte rütteln an der Macht der politischen Akteure, denn die virtuellen Linien, die auch die Bundesrepublik lückenlos aufteilen, sind weit mehr als ein verwaltungstechnisches Ordnungsraster. Politische Territorien sind die räumliche Basis der Macht und ihre Grenzen sind „*Macht-Grenzen*“.

Politische Konflikte um Territorien und Grenzen zeigen, dass man das raumbezogene politische Handeln der

Akteure nicht ohne die gesellschaftlichen Strukturen und ihre physisch-materiellen Bezüge verstehen kann. Das gilt jedoch auch umgekehrt: An Grenzkonflikten treten fast mustergültig die Prinzipien der Gestaltung räumlicher Strukturen durch die Gesellschaft und ihre Akteure zu Tage. An Auseinandersetzungen um Grenzen lassen sich die Netzwerke und Handlungsziele politischer Akteure ebenso gut untersuchen wie ihre Machtbeziehungen und Handlungsstrategien.

Angesichts der zunehmenden Verknappung räumlich gebundener Ressourcen verschärft sich auch der Wettbewerb darum. Damit rücken Fragen nach den Akteuren und den „Spielregeln“ solcher Auseinandersetzungen auch stärker in den Blickpunkt. Daher sollten konfliktorientierte Forschungsansätze um die Nutzung und Gestaltung „räumlicher Strukturen“ das Spektrum der Kulturgeographie stärker als bisher ergänzen, so das Plädoyer des Autors. Zur Lösung solcher zahlreicher werdenden Konflikte könnte auch eine politische Geo-

graphie beitragen, sofern sie den praktischen Kontext von Bürgerpartizipation, Politikberatung und neuen Moderationsverfahren einbezieht.

Über den Verlauf und über die Spielregeln von Konflikten um „Macht und Raum“ weiß man allerdings bisher immer noch wenig. Die formalen Verfahrensabläufe und die beteiligten Gremien aus Politik und Verwaltung bilden nur den von außen sichtbaren institutionellen Rahmen solcher Auseinandersetzungen. Wenig weiß man über die dahinter liegenden Aspekte raumbezogener Konflikte, über die Netzwerke der beteiligten Akteure und über ihre Ziele. Auch die Machtpotenziale verschiedener Akteure oder informelle, verborgenere Strategien des Handelns, wie Vorab-Entscheidungen oder „Non-Decisions“, sind aus geographischer Perspektive bisher kaum untersucht worden. Solche Aspekte sollten, so den Plädoyer des Autors, auch das Forschungsprogramm der Kulturgeographie stärker als bisher ergänzen. Nicht allein die räumliche Differenzierung der Welt, sondern ihre Gestaltung durch die handelnden Akteure sollte vermehrt zum Gegenstand einer „engagierten“ Forschung (im Sinne von Boesch) werden. Solche Fragen gehörten vor allem in den Aufgabenbereich einer handlungsorientierten Politischen Geographie.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich speziell mit Grenzkonflikten auf regionaler und lokaler Ebene. Untersucht wird ein exemplarischer Konflikt, an dem sich seinerzeit viele Entscheidungsträger mit raumbezogenen Interessen beteiligt haben. Ein herausragender Grenzkonflikt in der BRD war die kommunale Gebietsreform der 60er und 70er Jahre. Damals verringerte man in weniger als 10 Jahren die Anzahl der Gemeinden in der Bundesrepublik um zwei Drittel. Diese Konflikte berührten die Grundfesten der Macht, ja sogar der politischen bzw. beruflichen Existenz vieler lokaler Akteure. Manche sprachlichen Entgleisungen belegen bis heute die Stärke der damaligen Auseinandersetzungen: Als „Mordkommission“ bezeichnete man im Kölner Umland die Planer der Reform. Die Stadt Köln karikierte man als gierige Krake. Selbst wenn nicht alle Verfahren diese Schärfe erreichten, bildet die fast flächendeckende Gebietsreform einen der interessantesten raumwirksamen Konflikt der Nachkriegszeit.

An den vier Beispielkonflikten aus der Phase der Gemeindegebietsreform wurde das Untersuchungskonzept auf seine empirische Plausibilität überprüft. Wegen der machtpolitischen Brisanz hatten sich seinerzeit alle regionalen und lokalen Akteure mit raumbezogenen Interessen in die Konflikte eingemischt. Es stellen sich Fragen, wie: Aus welchen Gründen veränderten die Entscheidungsträger „ihre“ Territorien? Über welche (unterschiedlichen) Machtpotenziale und Handlungsstra-

tegien verfügten sie, um ihre Ziele durchzusetzen? Welche regulative Balance bestand zwischen den Eigeninteressen der Akteure, den ausgleichenden politischen Spielregeln, der Persistenz der vorhandenen Strukturen, usw.?

Um das raumbezogene politische Handeln der Akteure zu verstehen, werden neuere Theoriekonzepte der Sozialgeographie und der Nachbarwissenschaften in den handlungsorientierten Ansatz einer „Geographischen Konfliktforschung“ einbezogen. Die Handlungen der Akteure bilden die zentralen Elemente der Interaktion im Konflikt. Die empirische Umsetzung des Theoriekonzeptes anhand der vier Fallstudien nutzt methodisch aktuelle Ansätze der qualitativen Sozialforschung (kritische Hermeneutik, Dekonstruktivismus). Dementsprechend gliedern sich die Beispiele in je zwei Teile mit unterschiedlicher Funktion: in eine Konfliktbiographie und eine theoriegeleitete Re-Interpretation.

In diesem Zusammenhang werden räumliche Strukturen im Konflikt v.a. als Ressourcen begriffen, auf die sich die subjektiven Verwertungsinteressen unterschiedlicher Akteure richten. Die Handlungen von Entscheidungsträgern zielen dabei auf eine räumliche Gestaltung im Sinne ihrer Interessen. Räumliche Strukturen bilden aber nicht nur das Ziel des Akteurhandelns, sondern wirken umgekehrt auch auf den Konflikt ein; dies jedoch nicht in „objektiver Gestalt“, sondern als subjektiv wahrgenommene Strukturen, als akteursspezifische Konstruktionen und Repräsentationen.

Für die Re- bzw. Dekonstruktion der Beispielkonflikte wurde das Konzept einer „dreifachen Subjektivierung räumlicher Strukturen“ genutzt. Es unterscheidet – didaktisch zugeschnitten – drei subjektive Raumkonzepte von Akteuren („Regionalisierungen“). Sie sind in der empirischen Handlungswirklichkeit eng miteinander verflochten, erfüllen aber im Rahmen eines raumbezogenen Konfliktes unterschiedliche Funktionen: a) Subjektive Raumbilder infolge der selektiven Wahrnehmung; b) subjektive räumliche Zielvorstellungen; c) subjektive strategische Raumbilder.

In der abschließenden ausführlichen Diskussion des Theoriekonzeptes am Beispiel der empirischen Ergebnisse werden auch die theoretische und methodische Grenzen des Verfahrens kritisch erörtert. Da Teile der Abwägungsprozesse dem Entscheidungsträger oft selbst nicht einmal voll bewusst, geschweige denn sprachlich mittelbar sind, kann auch eine Handlungstheorie nur eine plausible Konstruktion des Forschers sein, Hypothesen und kein letztgültiges Wissen vermitteln.

Politisch-geographische Untersuchungen solcher Grenzkonflikte sollten zwar auch dazu dienen, „die

Fortsetzung der Politik mit friedlichen Mitteln“ zu unterstützen. Solch ein Anspruch lässt sich jedoch nur zum Teil einlösen. Immerhin aber ist eine handlungsorientierte Geographische Konfliktforschung in der Lage, mehr Transparenz in den Verlauf raumbezogener Auseinandersetzungen zu bringen (indem sie die Netzwerke und Ziele der Akteure beleuchtet und die „verborgenen Mechanismen der Macht“ offen legt). So werden – wie die Ergebnisse aus den Fallstudien zeigten – die verfassten raumbezogenen Entscheidungssysteme aus Parlamenten und Ausschüssen durch informelle Vorentscheider-Gruppen, deren Absprachen später nur noch öffentlich bestätigt werden, teilweise unterlaufen und ausgehöhlt. Das Prinzip der Eigennutzenorientierung leitete das Handeln der Akteure an vielen Stellen mindestens so deutlich wie eine generelle Verantwortung gegenüber den Bürgern und den physisch-materiellen Ressourcen ihrer Lebenswelt.

Je mehr die generellen Spielregeln solcher und ähnlicher Raumnutzungskonflikte sichtbar werden, desto größer werden im Prinzip auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten von Betroffenen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung könnten die Skepsis der Bürger gegenüber den politischen Abläufen und Akteuren nähren, die über die räumliche Gestaltung und Struktur ihrer Regionen, Kommunen und Lebenswelten entscheiden.

Mit Blick auf die Kriterien „Transparenz“ und „Partizipation“ leistet die Arbeit – neben der Bereitstellung grundlagenorientierter Ergebnisse – auch einen praktischen Beitrag zur permanent notwendigen Kritik politischer Regelsysteme, hier speziell mit Blick auf raumbezogene Auseinandersetzungen, also auf die Regeln in der Gesellschaft bei der Verteilung und Gestaltung ihrer raumbezogenen Ressourcen.

Nach Ansicht des Autors, die uneingeschränkt zu teilen ist, gehört zur politischen Kultur ein ständiger konstruktiv-kritischer Diskurs, der sich auf „das Handeln der politisch Verantwortlichen“ richtet. Dazu könnten die in diesem Band vorgelegten Ergebnisse im Fall ihrer Anwendung, die zu wünschen ist, in der Tat sehr gut beitragen.

Gerhard Stiens (Bonn)

Bückmann, Walter u.a.: Regionaler Bodenschutz in der Bundesrepublik Deutschland. – Köln: Carl Heymanns Verlag 1999. XIII, 199 S. = Ökologie und Bodenschutz, Bd. 4

Trotz Bundesbodenschutzgesetz, das im März 1998 in Kraft trat, wurden die diversen Probleme eines am Vorsorgeprinzip orientierten Bodenschutzes nicht gelöst.

Die Diskussion über die Umsetzung des Bodenschutzes ist durch das neue Bundes-Bodenschutzgesetz keineswegs beendet worden; sie setzt sich im Zusammenhang mit der Verordnung zum Bundesbodenschutzgesetz fort. Die Intentionen der Verfasser orientieren sich an den inzwischen zahlreich vorliegenden Empfehlungen von Enquete-Kommissionen, europäischen Expertengruppen für den Schutz des Bodens und einer nachhaltigen Landnutzung, und nicht zuletzt an den bodenschutzspezifischen Zielsetzungen und Empfehlungen der Agenda 21.

Es bleiben sowohl auf Bundesebene zahlreiche Fragen lösungsbedürftig als auch auf Länderebene wichtige Regelungsspielräume, die auszuschöpfen sind. Beide Handlungsbereiche erläutert der vorliegende Forschungsbericht. Er behandelt theoretische und rechtliche Grundlagen des Bodenschutzes unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, kennzeichnet ausführlich das Bodenschutzrecht und die Konsequenzen aus dem Bundesbodenschutzgesetz für die Länder.

Den regionalen Wechselbeziehungen und den funktionalen Beziehungen zwischen Stadt und Umland wird ein hoher Stellenwert für die zukunftsfähige Entwicklung beigemessen. Bodenschutz setzt, wie auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen betont, im Wesentlichen auf regionaler Ebene an und spricht damit wichtige Aspekte einer regional nachhaltigen Entwicklung an (u.a. gemeinsame regionale Planung der Siedlungsentwicklung; regionale Abstimmung von Flächenbereitstellung und Bodenbevorratung; regionales Standortmanagement).

Der Bericht zeigt die Möglichkeiten einer Bodenschutzkonzeption für eine moderne, am regionalen Maßstab orientierte Bodenschutzplanung auf. Ausführlich werden die Bodenschutzkonzeptionen der Bundesländer (Stand 1999) vorgestellt. Hier sind insbesondere die brauchbaren tabellarischen Übersichten zum Bodenschutz hervorzuheben. Das Resümee geht auf den bodenspezifischen Handlungs- und Regelungsbedarf unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ein, erläutert verwaltungsinterne Aspekte für die Umsetzung einer Bodenschutzkonzeption und kennzeichnet den Aufbau von Bodenschutzkonzeptionen in den Ländern.

Handlungsbedarf sehen die Autoren vor allem im Bereich des quantitativen Bodenschutzes, in Detailspekten des Altlastenrechts, sowie in der Umsetzung des Vorsorge-, des Verursacher- und des Kooperationsprinzips. Betont wird die Notwendigkeit zur Einführung ökonomischer Instrumente zum Schutz des Bodens. Finanzielle Grundlage könnte ein dafür einzurichtender Bodenfonds sein.

Die abschließenden Empfehlungen schließen mit der Ermunterung und wichtigen inhaltlichen Hinweisen zur Aufstellung eigener Bodenschutzkonzeptionen durch Bundesländer und Regionen. Ein umfangreiches Glossar und Literaturhinweise runden das leider nicht preisgünstige Buch ab. Aber die prägnante Darstellung und die übersichtlichen Tabellen machen das Übersichtswerk trotz einer Vielzahl aktueller bodenschutzrelevanter Veröffentlichungen zu einer lohnenden Investition.

Fabian Dosch (Bonn)

Leipprand, Eckart: Lebensmodell STADT. Über den verlorenen Zusammenhang von Stadtleben, Stadtgesellschaft und Städtebau. – Tübingen, Berlin: Wasmuth Verlag 2000. 156 S., Abb.

Kistella, Irene; Kurth, Detlef; Wagener, Maria T. (Hrsg.): Städtebau . . . dem Ort, der Zeit, dem Menschen verpflichtet! Hrsg.: IRPUD. – Dortmund 2001. 306 S., Abb.

Feldtkeller, Andreas (Hrsg.): Städtebau: Vielfalt und Integration. Neue Konzepte für den Umgang mit Stadtbrachen. – Stuttgart, München: DVA 2001. 224 S., Abb.

Die einschlägige Historiographie zeigt üblicherweise die Stadt in jener Perspektive, an den uns die „heroische“ Vergangenheit des Städtebaus gewöhnt hat: Als Produkt von Ideen und Initiativen, als Werk weitblickender Politiker, aktiver und manchmal philanthropischer Unternehmer, als Geniestreich begabter Planer. Zu nennen wären etwa die imperialen Verwandlungen von Paris unter Napoleon III. und Baron Hausmann sowie von Wien unter Franz Joseph; oder auch Luigi Costas und Oscar Niemeyers Brasília sowie Le Corbusiers Chandigarh, die in Beton gegossenen Apotheosen neuer „demokratischer“ Hauptstädte. Allen Unterschieden zum Trotz spricht er hier noch eine deutliche Sprache – der Glaube an die „Machbarkeit“ der Stadt, mithin an die Formbarkeit der Gesellschaft.

Dass es damit nicht (mehr?) weit her ist, dürften mittlerweile auch die letzten Apologeten begriffen haben. Schon deswegen tut die Auseinandersetzung über Inhalte, Methoden und Instrumente eines aktuellen Städtebaus Not. In diesem Zusammenhang sind nun drei Neuerscheinungen zu begrüßen, die indes recht unterschiedliche Ziele verfolgen und sich entsprechender Argumentationsmuster bedienen. Der Band „Städtebau... dem Ort, der Zeit, dem Menschen verpflichtet!“ beinhaltet Vorträge, die in den letzten beiden Jahren im Rahmen des von Peter Zlonicky gegründeten *Städte-*

baulichen Kolloquiums in Dortmund gehalten und nun in Form einer Schrift zu seinen Ehren zusammengefasst wurden. Sie sind zum Teil sehr lesenswert, zum Teil werden aber bloß sattsam bekannte Positionen erneut referiert, wobei verabsäumt wurde, sie wenigstens einmal in ein anderes rhetorisches Kleidchen zu stecken. Ihr Vorzug liegt darin, dass sie erfrischend kurz gehalten (in der Regel fünf bis acht Seiten) und in ihrer Summe multiperspektivisch angelegt sind. Bekannte Namen (u.a. K. Ganser, W. Nerdinger, H. Adrian, H. Stimmann, Th. Sieverts, H. Bodenschatz) wechseln mit weniger bekannten, was eine bunte Mischung ergibt. Insgesamt ein nützliches und instruktives, dabei auch kurzweiliges Werk, das zum gelegentlichen Blättern und Nachlesen eher einlädt als zur stringenten Lektüre.

Bei „Städtebau: Vielfalt und Integration“ handelt es sich um ein Art Arbeitshandbuch „für alle, die sich mit neuen Konzepten für die Stadt auseinandersetzen“. Obgleich am Rande auch ausgewählte Projekte in Berlin (Viktoria Quartier, früheres Schultheiss-Areal in Kreuzberg), Essen (Weststadt und Berliner Platz) und Zürich (Industriearéal zwischen Limmat und Bahn, Zürich-West) ins Visier genommen werden, fokussiert es doch weit überwiegend auf Tübingen, genauer: auf die Erfahrungen mit der Revitalisierung von Kasernenarealen in der Südstadt, nämlich der Konversionsmaßnahme Stuttgarter Straße/Französisches Viertel. Laut Herausgeber weisen all diese Projekte folgende Gemeinsamkeiten auf: Neuordnung auf brach gefallen Flächen, Vielseitigkeit der Mischung, besonderes Augenmerk auf den öffentlichen Raum, Planung einer integrierten Nutzungsstruktur (mit dem Ziel, Segregation zu vermeiden), gezieltes bauliches Nebeneinander von Alt und Neu (historische und lokale Identität) sowie nutzerorientierte Herangehensweise mit partizipatorischen Aspekten. Schon aus Gründen der besseren Platzierung auf dem Jahrmarkt der Ideen geht es dabei auch um eine Neusortierung des planerischen Werkzeugkastens; und nicht überraschend, dass Begriffe wie Quartier, Dichte, Nutzungsmischung, Stadt der kurzen Wege hier als Vehikel dienen, um einen neuen Städtebau zu befördern. Es handelt sich bei diesem Buch tendenziell um eine Projektbeschreibung, die angereichert ist mit überhöhenden Einlassungen zu Themen wie Landschaftsverbrauch, Hypermobilität, sozialräumliche Spaltung und die zunehmende Absonderung der Arbeitswelt, welche wiederum bereits in jenem Buch nachzulesen waren, das Feldtkeller vor einigen Jahren bekannt gemacht hat: „Die zweckentfremdete Stadt“. Ein Urteil, inwieweit Vorgehensweise, Planungsmaterialien und vorgestellte (Zwischen)Resultate tatsächlich von städtebaulicher und stadtpolitischer Phantasie zeugen, muss sich der Leser selber bilden.

Das eigenwilligste oder zumindest am stärksten aus dem Rahmen fallende der drei Bücher aber ist das von Eckart Leipprand. Sein Rasonieren „über den verlorenen Zusammenhang von Stadtleben, Stadtgesellschaft und Städtebau“ ist geprägt von fundamentalen Einsichten und hochmoralischen Appellen: „Gebäude in der Stadt müssen also, um Stadt zu bilden, wie Personen in erster Linie zusammenstehen, um sich gegenseitig zu dienen, und jedes einzelne muss – wie jede Einzelperson – seinen Anteil dazu beitragen, darf nicht ausscheren oder sich auf die Seite stellen.“ Zwar versucht Leipprand auf dem Boden der Tatsachen des Metiers zu bleiben – „Die Aufgabe lautet, den Städtebau mit dem Stadtleben in der Fügung und Stellung, Ausrichtung und Einbindung der Gebäude in Übereinstimmung zu bringen. Der Städtebauer braucht aber nicht die Gesellschaft zu ändern, ihre Lebensform in Frage zu stellen, ihre Betätigungsformen zu hinterfragen. Er muss nicht Sozialingenieur oder Gesellschaftsgestalter sein.“ –, aber die eigentümlich antiquierte Sprache sowie die wiederkehrenden „flammenden“ Aufrufe unterlaufen das. Hier spricht eine erfrischende Naivität, der Eifer des reinen Glaubens, mit Inbrunst und Verve: „Stadtkulturen sind auf die Beteiligung und Einbeziehung aller angelegt, die zugehörige (städte-) bauliche Form setzt dies um und heißt deshalb Städtebau und nicht Einsiedelei.“ Ein Pamphlet, das Manifest sein möchte (und es nicht ist), dabei sehr metaphorisch angelegt: „Ein Schritt vor die Tür des Hauses muss die Öffentlichkeit, die städtische Bühne des Austausches, beginnen, die nur durch Zusammenstehen aller Gebäude und Personen gebildet wird und jedem zum Leistungsaustausch zur Verfügung steht – als das gebaute Zusammenleben.“ Seine Schwerpunkte sind die Bedeutung des öffentlichen Raumes einerseits und andererseits der nachdrücklich vorgebrachte Hinweis, dass das Leben auf dem Boden stattfindet – mithin den Erdbodenbezug allen Städtebaus. Ungewöhnliche, dabei treffende und plastische Beispiele – etwa die sich einstellende unsichtbare Ordnung, die „Zugehörigkeit“ des Einzelnen auf dem Campingplatz – sind Mittel seiner Argumentation. In manchen Passagen ist sie überzeugend, aufs Ganze gesehen jedoch idealistisch und redundant (fortlaufende Wiederholungen machen die Argumente einfach nicht besser).

Allen Unterschieden zum Trotz, und auch nicht *expressis verbis*, handeln alle drei Bücher letztlich von einem Desiderat: dem verlorenen Zusammenhang zwischen Planung und Gestaltung. Schon bei den *Verfahren* des Städtebaus ist dies ein zentrales Problem: Die Frage, wer disziplinär zuständig ist für die Planung der „modernen“ Stadt, ist so alt wie diese selbst: Planer mit ingenieurwissenschaftlichem Hintergrund oder mit architekturkünstlerischem? Nicht zu vergessen die Experten

mit geographischem, juristischem, ökonomischem, ökologischem, sozialwissenschaftlichem Hintergrund. Nicht nur die unterschiedlichen Sichtweisen, die „Vogelschau“ des Planers und die „Froschperspektive“ des Architekten, prallen aufeinander. Es werden auf beiden Seiten auch unterschiedliche Gegenstände bearbeitet: (Bau-) Projekte und (Planungs-)Prozesse. Das Unverständnis und die – freundlich kaschierte – Ablehnung, mit der sich Planer und Architekten begegnen, erweisen der gemeinsamen Sache einen Bärendienst.

In diesem Kontext ist die Integration des Entwurfes oder gar des Entwerfens in die neuen kooperativen Prozesse eine heikle, aber unumgängliche Aufgabe. Dabei geht es nicht darum, Fragen der Gestaltung und der Ästhetik einfach dem Mehrheitsentscheid zu überantworten. Zweifelsfrei sind Fragen der Gestaltung, wie andere Sachfragen, eine Angelegenheit der Kompetenz. Es geht indes darum, wie sich diese Kompetenz im Konzert mit den anderen stadtentwicklungsrelevanten Kompetenzen – je nach Lesart – behaupten oder bewähren kann. Planer, denen jegliches Verständnis für eine nicht beliebige, sondern präzise stadtmorphologische und städtebauliche Argumentation fehlt, sind dabei ebenso wenig hilfreich wie Architekten, die ihre Les-Art der Stadt wacker gegen alle begründeten rechtlichen, funktionalen und sozioökonomischen Einwände verteidigen oder die die gestaltkonstituierenden Elemente ihres Entwurfes nicht verständlich machen können. Solange Architekten und Planer gegeneinander argumentieren, arbeiten im Grunde beide daran, sich bei Auftraggebern und in der Öffentlichkeit unglaublich zu machen. Um das zu vermeiden bzw. um dem entgegenzuwirken, da lohnt der Blick in die vorliegenden Bücher durchaus. Der Weisheit letzten Schluss allerdings sollte man nicht erwarten.

Robert Kaltenbrunner (Bonn)

Mückenberger, Ulrich (Hrsg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld. 2., erweit. Aufl. – Bremen: Edition Temmen 2000. 336 S., Abb., Übers.

Dass die urbanen Zeitabläufe – deren gute oder schlechte Organisation – sehr viel mit Lebensqualität und Wohlbefinden der Stadtbevölkerung und auch der Bevölkerung aus dem Umland zu tun hat, ist inzwischen fast zum Allgemeingut geworden. Ein zunehmender Teil der Bürger – Frauen häufiger als Männer – fragt sich, ob die herkömmlichen Zeit- und Erreichbarkeitsorganisationen und die damit einhergehenden Abläufe des täg-

lichen Lebens, die den Alltag der Menschen und Haushalte unter zunehmenden Stress setzen, eigentlich so sein müssen, wie sie es sind. Zeitnot ist zwar nicht der einzige Gradmesser für vorenthaltene Lebensqualität, aber er ist ein immer wichtiger werdender. In immer mehr Städten werden Modelle, Projekte und Experimente für die Verbesserung der zeitrestringierenden Bedingungen des Alltags gemustert, entwickelt und erprobt. Der Band enthält Beiträge, die über die Entstehung und Verbreitung des Ansatzes Zeiten der Stadt aufklären, ihn kritisch diskutieren und eine Reihe von Beispielen aus der praktischen Anwendung aufführen. Die zweite Auflage ist erheblich erweitert. Gewichtigste Neureuung ist der „Dublin-Report“, die erste vergleichende Studie über Zeiten der Stadt und Lebensqualität in Europa. (Ausgewertet werden fünf EU-Mitgliedstaaten, in denen sich kommunale Zeitpolitik entwickelt.)

Die Entwicklung von Experimenten und Projekten kommunaler Zeitpolitik verläuft sowohl in Deutschland als auch in Europa jetzt spontan und rapide. An vielen Orten in Europa und auch in der Bundesrepublik Deutschland sind inzwischen „Werkstätten“ zu Gestaltung einer menschengerechteren Zeitorganisation in der Stadt entstanden. Hierbei geht es ganz konkret um die Modalitäten etwa der Altenbetreuung, der Arztpraxen oder der Öffnungszeiten kommunaler Einrichtungen, um Bürgerbüros, die abends öffnen, oder darum, dass ein ganzer Stadtteil auf „Zeitdiebe“ hin durchforstet wird.

Der Herausgeber hat Wert darauf gelegt, dass das Thema auch wissenschaftlich erläutert und analysiert wird, wobei auch kompetente Kritik zu Wort kommt. Neben etlichen Autoren aus dem Ausland sind auch deutsche Vertreter(innen) der Soziologie und Stadtforschung, die aus der einschlägigen Literatur bekannt sind, zur Mitwirkung gewonnen worden. Im Mittelteil des Bandes werden durch Praktiker und Experten praktische Fälle behandelt, mit denen Probleme, Chancen und Hindernisse der hier behandelten Politik und Planung noch genauer dargestellt werden konnten. Interessierten Akteuren und Institutionen werden Erfordernisse und Anhaltspunkte vermittelt, die für die Errichtung neuartiger Dienstleitungen, die Umstrukturierung von Behörden und Verwaltungen sowie für neuartige Planungsverfahren auf diesem Politik- und Planungsfeld von Bedeutung sind.

Ein derart zivilgesellschaftlich und auf Bürgerpartizipation angelegtes Thema wie dieses der „Zeiten der Stadt“ wäre vermutlich noch besser zu fördern, wenn sich der Band insgesamt auch durch eine noch bessere Lesbarkeit auszeichnen würde.

Gerhard Stiens (Bonn)

Lourens, Piet; Lucassen, Jan: Arbeitswanderung und berufliche Spezialisierung. Die lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert. (Übersetzung aus dem Niederländischen: Mellenthin, Klaus). – Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1999. 206 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Anh. = Studien zur Historischen Migrationsforschung (SHM), Bd. 6

Saisonale Arbeitskräfte fremder Nationalität sind heute aus vielen Volkswirtschaften nicht mehr wegzudenken. Italienische Kellner in der schweizerischen Gastronomie, polnische Erntehelfer in der deutschen Landwirtschaft – der Beispiele gibt es viele. Dies ist aber keineswegs eine Erscheinung der jüngeren Vergangenheit. Das vorliegende Buch berichtet von einer besonderen Gruppe von Wanderarbeitern, deren größte Bedeutung im 18. und 19. Jahrhundert datiert, deren Ursprünge jedoch bereits in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges liegen. Die Autoren messen den lippischen Ziegler exemplarische Bedeutung für Arbeitsmigration und Qualifikation zu, wiewohl sie einige auffällige Besonderheiten aufweisen. Dazu zählt der hohe Anteil (über 40 %) der Arbeitsmigranten an den Erwerbspersonen des Herkunftsgebietes, die hohe Spezialisierung auf nur ein Gewerbe (Herstellung von Ziegelsteinen und Dachpfannen) und schließlich die Arbeitsverhältnisse mit einer Monopolstellung bei der Besetzung des Arbeitsplatzangebotes der niederländischen Ziegelfabrikanten.

Ökonomische Voraussetzungen jener Arbeitsmigration waren (1) regionale Lohndifferenzen, (2) zeitliche Phasenverschiebungen des Arbeitsanfalls in Herkunfts- und Zielregion sowie schließlich (3) quantitative Arbeitsmarktungleichgewichte, die sich durch Migration abbauen ließen. Zu diesen notwendigen, jedoch zur Erklärung des Phänomens noch nicht hinreichenden Bedingungen kamen einige Besonderheiten, die in den Eigenschaften und der Organisation der Gruppe lagen. Die Autoren arbeiten diese Kausalbezüge akribisch heraus und leisten so einen Beitrag zur Theoriebildung des Migrantenberufs. Sie erkennen vier Kategorien der Marktdurchdringung, die sich auch räumlich ausdifferenzieren lassen. Für jede Konstellation (sporadische, vollständige, dauerhaft hohe oder niedrige Marktpenetration) werden gute Gründe auf Angebots- wie Nachfrageseite gefunden. Trotz des Theorieanspruches liest sich das Buch erfrischend und keinesfalls blutleer. Die vielen statistischen und sonstigen empirischen Belege und Quellen sind in ein eigenes Kapitel verbannt. In den Vordergrund tritt – die Autoren kennen ihren Max Frisch – das Menschliche, so dass dem Leser am Ende der Lektüre eine zuvor fremde Welt nunmehr vertraut ist.

Hansjörg Bucher (Bonn)